



Zurück zum Grashalm

Zurück zum Grashalm (1/2)

ProfilAusgabe 33/2023 | Seite 24, 25 | 3. September 2023
 Auflage: 41.626 | Reichweite: 236.000

Stadtamt Tulln



Zurück zum Grashalm

In Tulln an der Donau setzt sich ausgerechnet ein ÖVP-Bürgermeister dafür ein, dass Parkplätze wegfallen und die Altstadt grüner wird. Im „Autoland Österreich“ ist die sogenannte Entsiegelung ein mutiges Vorhaben.

DER NIBELUNGENPLATZ IN TULLN

Das Stadtzentrum von Tulln in Niederösterreich ist heute eine riesige Baustelle. Die unzähligen Parkplätze von früher (siehe Bild unten) sollen Wiesenflächen und Bäumen weichen. Es ist eines von wenigen Entsiegelungsvorhaben in Österreich.



Zurück zum Grashalm (2/2)

ProfilAusgabe 33/2023 | Seite 24, 25 | 3. September 2023
Auflage: 41.626 | Reichweite: 236.000

Stadtamt Tulln

POLITIK

VON FABIAN GRABER

Österreich und Veränderung, das sind keine guten Freunde. Wenn schon, dann ist es ein Land der kleinen Schritte. Und es gibt Themen, die rührt man besser erst gar nicht an, vor allem als Politikerin oder als Politiker. Ganz oben auf der Liste der österreichischen Tabus: Autos. Und die vielen Parkplätze, auf denen sie die meiste Zeit verweilen. Den Autos Platz wegnehmen, das kommt garantiert nicht gut an. Wer noch Karriere machen will, lässt das lieber sein.

Und doch gibt es immer wieder Menschen, die genau das versuchen: den Leuten in der Stadt mehr Raum und Luft zu verschaffen. Zum Beispiel in Tulln an der Donau in Niederösterreich, wo rund 19.000 Menschen leben. Die Altstadt liegt direkt am Fluss, lieblich und ruhig. Wäre da nicht eine enorme Baustelle. Der Nibelungenplatz, der die Donau vom Rathaus der Kleinstadt trennt, wird großflächig umgebaut. Peter Eisenschenk ist unmittelbar davon betroffen. Er ist ÖVP-Politiker, Bürgermeister von Tulln, und wenn er die Fenster in seinem Büro öffnet, hört er den Baulärm. Er ist auch verantwortlich dafür, dass es jetzt rund 200 Parkplätze weniger in der Stadt gibt. Denn der Nibelungenplatz war vor dem Beginn der Umbauarbeiten ein riesiger Parkplatz und dementsprechend eine Betonwüste. Jetzt soll die rund 5700 Quadratmeter große Fläche zu einem menschlicheren und natürlicheren Ort werden.



„Es war immer klar, dass es kein Spaziergang wird.“

**Peter Eisenschenk,
Bürgermeister von
Tulln**

Laut dem Projekt, das rund fünf Millionen Euro kosten soll, werden die Betonmassen bis nächstes Jahr Bäumen, Pflanzen, Sitzgelegenheiten und einem Nebenspiel weichen. Bisher war die Fläche des Nibelungenplatzes kaum dazu imstande, Wasser aufzunehmen, was im Sommer zu Temperaturen bis zu 40 Grad geführt hat,

heißt es auf der Website der Stadtregierung. Durch das Anpflanzen großer Bäume soll es mehr Schatten geben, außerdem kann dann viel Niederschlagswasser gespeichert werden. Nach der Umgestaltung werden laut der Stadt mehr als zwei Drittel der Fläche durch Grünflächen und Kies versickerungsoffen sein. Ein Viertel wird mit Pflastersteinen zumindest etwas Wasser aufnehmen können. Undurchlässige Fahrbahnen und Beton werden nur noch einen Bruchteil der Fläche ausmachen, heißt es. „Platz für Menschen statt für Autos“, lautet das Motto. Trotzdem wird es am Ende noch 50 Parkplätze geben.

heißt es auf der Website der Stadtregierung. Durch das Anpflanzen großer Bäume soll es mehr Schatten geben, außerdem kann dann viel Niederschlagswasser gespeichert werden. Nach der Umgestaltung werden laut der Stadt mehr als zwei Drittel der Fläche durch Grünflächen und Kies versickerungsoffen sein. Ein Viertel wird mit Pflastersteinen zumindest etwas Wasser aufnehmen können. Undurchlässige Fahrbahnen und Beton werden nur noch einen Bruchteil der Fläche ausmachen, heißt es. „Platz für Menschen statt für Autos“, lautet das Motto. Trotzdem wird es am Ende noch 50 Parkplätze geben.

Kritik am Parkplatzraub

Den Prozess nennt man Entsiegelung. Auch wenn für die Menschen dadurch etwas Gutes heraussehen soll – vor allem beim Aufgeben von Parkraum ist in Österreich mit erbittertem Widerstand zu rechnen. „Es war immer klar, dass es kein Spaziergang wird“, sagt Tullns Bürgermeister Eisenschenk. Ende 2020 hat er die Idee für die Umgestaltung zum ersten Mal präsentiert, und es habe von allen Parteien Kritik gegeben, aus unterschiedlichen Gründen, so Eisenschenk. Die FPÖ machte besonders lautstark Stimmung gegen das Projekt – der Tullner FPÖ-Gemeinderat Andreas Bors nannte es kurz nach der Präsentation „Irrsinn“, und diesen Frühling rund um den Spatenstich verurteilte er weiterhin, dass Parkplätze „vernichtet“ werden.

Dabei gab es vor zwei Jahren eine Volksbefragung in Tulln, bei der drei Varianten der Umgestaltung zur Auswahl standen. Fast 60 Prozent stimmten für das größte Projekt, bei dem am meisten Parkplätze wegfallen werden. Laut Eisenschenk gab es aber nicht nur Kritik der Opposition – auch innerhalb seiner Partei, der ÖVP, wurde das Thema kontroversell gesehen. Vertreterinnen und Vertreter von Unternehmen, vor allem im Handel, hätten sich Sorgen gemacht, dass der Wegfall von Parkplätzen schlecht für das Geschäft sein könnte. Und manche hätten den Verdacht gehabt, der Bürgermeister wolle sich „ein Denkmal bauen“, sagt Eisenschenk.

Ende Jänner waren Landtagswahlen in Niederösterreich. Die ÖVP hat im Vergleich zu 2018 fast zehn Prozent der Stimmen verloren, die FPÖ ungefähr ebenso viele dazugewonnen. In Tulln war der Verlust der ÖVP mit knapp acht Prozent weniger gravierend. Aber auch hier hat die FPÖ mit über sechs Prozent deutlich zugelegt. Spätestens seit den Wahlen in Niederösterreich gibt sich die ÖVP bei Klimathemen auch weniger kompromissbereit. Es gibt weiterhin kein Klimaschutzgesetz. Und

auch in puncto Verkehr hat die ÖVP auf Bundesebene ihre Prioritäten klargestellt. „Österreich ist das Autoland schlechthin“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer im März.

Es wird heißer

Gerade in Städten werden durch Asphalt und Gebäude versiegelte Flächen aber zunehmend zum Problem. „Städte sind aufgrund ihrer Struktur, mit dichter Bebauung und viel Beton, stärker vom Klimawandel betroffen als andere Gebiete“, sagt Tanja Tötzer, Expertin für Stadtentwicklung am Austrian Institute of Technology (AIT). Daher brauche es Maßnahmen bei Gebäuden, Straßen und öffentlichen Plätzen, um dem Klimawandel und steigenden Temperaturen entgegenzuwirken.

Für Tullns Bürgermeister war es am Anfang aber vor allem eine Frage der Ästhetik. Er habe im Jahr 2018 das erste Mal die Idee gehabt, den Nibelungenplatz umzugestalten. „Aus dem profanen Grund, dass er einfach hässlich war“, meint Eisenschenk. Bei der Entsiegelung gehe es ihm vor allem darum, mehr Raum für eine „Stadt des Miteinanders“ zu schaffen. Das gelte sowohl für die Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch für den Tourismus, der für Tulln immer wichtiger werde – nicht zuletzt, weil die Stadt am viel befahrenen Donauradweg liegt. Man müsse eben „dranbleiben“, sagt der Bürgermeister. Ob die Umgestaltung erfolgreich wird – das werde er daran messen, wie wohl sich die Menschen am neuen Nibelungenplatz fühlen. „Wenn möglichst viele Menschen sagen: ‚Schön, dass es das gibt.‘“

Auch einzelne Maßnahmen wie der Umbau in Tulln würden sich gut dazu eignen, Diskussionsprozesse anzuregen, sagt die Stadtentwicklungs-Expertin Tötzer. „Man kann nicht sofort alles umsetzen, es ist auch ein sozialer und gesellschaftlicher Prozess.“ Jede Maßnahme, bei der Versiegelung in Städten rückgängig gemacht wird, sei ein Schritt in die richtige Richtung.

„Gerade mutige Entscheidungen können beispielgebend sein und anderen zeigen, was möglich ist. Dann wird es ein Vorbild für andere sein, die das nachmachen wollen“, sagt Tötzer. ■



FABIAN GRABER
ist freier Journalist. Er veröffentlicht regelmäßig Artikel im Wirtschaftsressort des profil.